



Iranische Liberale Frauen e.V. (ILF)

Bremen, 15. Dezember 2024

Beendigung der systematischen Gewalt gegen Frauen im Iran

Am Internationalen Tag zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen appellieren wir, das iranische Volk, Menschenrechtsorganisationen und Aktivist:innen – an die internationale Gemeinschaft, entschlossene und sofortige Maßnahmen zu ergreifen, um der systematischen geschlechtsspezifischen Gewalt und der Unterdrückung von Frauen unter der Herrschaft der Islamischen Republik entgegenzutreten.

Während die Welt sich zunehmend dem Kampf gegen die geschlechtsspezifische Apartheid widmet, unter anderem durch die Verabschiedung einer Resolution des Sechsten Ausschusses der Generalversammlung der Vereinten Nationen, die das Ende der geschlechtsspezifischen Apartheid fordert, sind Frauen im Iran nach wie vor von den grundlegendsten Menschenrechten ausgeschlossen. Die Islamische Republik beraubt Frauen systematisch der elementarsten Freiheiten, wie etwa der Wahl ihrer Kleidung. Anstatt Chancen zur Entwicklung und zum Fortschritt zu erhalten, sehen sich iranische Frauen der baldigen Einführung des „Gesetzes zur Unterstützung der Familie durch die Förderung der Kultur von Sittsamkeit und Hijab“ gegenüber, ein Gesetz, das darauf abzielt, ihre Überwachung zu verschärfen und ihre Rechte weiter einzuschränken.

Dieses Gesetz, das in naher Zukunft in Kraft treten soll, verpflichtet öffentliche, private und kommerzielle Institutionen dazu, das Verhalten der Menschen zu überwachen, Verstöße zu melden und strenge Vorschriften zur Kleidung und zum islamischen Lebensstil durchzusetzen. Es begrenzt die individuellen Freiheiten, verletzt die Privatsphäre und richtet sich gezielt gegen Frauen. Als Konsequenz wird ein Klima der Angst, Isolation und Verletzbarkeit gegenüber weiterer Gewalt geschaffen.

Die Gefahren dieses Gesetzes können nicht isoliert betrachtet werden. Der rechtliche Rahmen der Islamischen Republik hat seit jeher ein Umfeld begünstigt, das Gewalt gegen Frauen und Mädchen fördert. So befreit Artikel 301 des iranischen Strafgesetzbuches Väter und Großväter von der Strafe für die Tötung ihrer Kinder. In ähnlicher Weise erlaubt Artikel 630 es Ehemännern, ihre Frauen im Falle eines Ehebruchs ohne Konsequenzen zu töten. Auch Artikel 1041 des iranischen





Zivilgesetzbuches erlaubt es, Kinder zu verheiraten und gewährt Mädchen ab 13 Jahren – und in manchen Fällen auch jünger – mit der Zustimmung eines Richters und der Eltern die Erlaubnis zur Eheschließung. Diese Praxis, die weithin als gesetzliche Vergewaltigung kritisiert wird, unterstützt den fortwährenden institutionellen Missbrauch von Kindern und setzt Mädchen unter dem Deckmantel des Gesetzes der Ausbeutung aus. Diese Gesetze, die tief in den frauenfeindlichen Politiken der Islamischen Republik verwurzelt sind, haben verheerende Auswirkungen in der realen Welt.

Bericht über die systematische Gewalt gegen Frauen im Iran und die Dringlichkeit internationaler Maßnahmen

Im Jahr 2024 wurden mindestens 170 Fälle von Femizid gemeldet, bei denen in vielen Fällen die Opfer von männlichen Verwandten wie Vätern, Brüdern oder Ehemännern ermordet wurden. Diese Zahl wird noch alarmierender, wenn man bedenkt, dass sie nicht die gesamte Realität widerspiegelt, da kulturelle und institutionelle Barrieren die Meldung vieler solcher Verbrechen verhindern. Die Islamische Republik hat aktiv Informationen über geschlechtsspezifische Gewalt unterdrückt, um von den strukturellen Ungleichheiten und der patriarchalen Ideologie abzulenken, die ihrer Herrschaft zugrunde liegt. Indem sie ein System fördert, das „die Ehre und den Ruf der Familie“ über die Gerechtigkeit stellt und Straffreiheit für die Täter gewährt, hat das Regime diese Verbrechen normalisiert und ein Umfeld geschaffen, in dem Gewalt gegen Frauen weit verbreitet und ungestraft bleibt. Die wiederholte und zunehmende Zahl dieser Morde belegt die systematische Unfähigkeit des Regimes, Frauen zu schützen.

Laut einem Bericht der staatlich kontrollierten Nachrichtenagentur ISNA aus dem Jahr 2019 gibt es jährlich zwischen 375 und 450 sogenannte Ehrenmorde im Iran, was etwa 20 % aller Morde und

50 % der familiären Morde ausmacht. Diese Zahlen verdeutlichen die tief verwurzelte und systematische geschlechtsspezifische Gewalt im Iran. Darüber hinaus berichtete die Kampagne „Stoppt Femizide im Iran“, dass die Zahl der Frauenmorde im ersten Halbjahr 2024 im Vergleich zum gleichen Zeitraum im Jahr 2023 um 60 % gestiegen ist.





Wir fordern die internationale Gemeinschaft und die Menschenrechtsorganisationen nachdrücklich auf, konkrete Maßnahmen zu ergreifen, um die Frauen im Iran zu schützen und weiteren Gewaltakten gegen sie vorzubeugen, und diese Anliegen zur obersten Priorität zu machen.

- **Schärfste Verurteilung des „Gesetzes zur Unterstützung der Familie durch die Kultur von Keuschheit und Hijab“ als eklatanter Verstoß gegen internationale Menschenrechtsstandards:** Dieses Gesetz institutionalisiert nicht nur geschlechtsspezifische Diskriminierung, sondern auch eine systematische Überwachung, die Frauen weiter an den Rand der Gesellschaft drängt und sie noch größeren Gefahren von Gewalt und Repression aussetzt. Die internationale Gemeinschaft muss unmissverständlich und mit Nachdruck auf die Aufhebung dieses Gesetzes drängen, um das fundamentale Recht auf Freiheit und Selbstbestimmung der Frauen zu schützen.
- **Durchsetzung gezielter Sanktionen gegen diejenigen Einzelpersonen und Institutionen, die für die systematische Gewalt und Unterdrückung von Frauen verantwortlich zeichnen,** einschließlich Mitglieder der Sittenpolizei, der Justizbehörden, maßgeblicher Gesetzgeber und alle Akteure, die direkt an der Entwicklung, Umsetzung und Durchsetzung repressiver Gesetze wie des „Gesetzes zur Unterstützung der Familie“ beteiligt sind. Solche Sanktionen müssen sich darauf konzentrieren, die Verantwortlichen für institutionelle Gewalt gegen Frauen zur Rechenschaft zu ziehen und ihre Handlungen auf internationaler Ebene zu ächten.
- **Unterstützung und Verstärkung von Rechenschaftsmechanismen,** wie dem UN-Untersuchungsausschuss für Menschenrechtsverletzungen im Iran, der die Aufgabe hat, die systematische Gewalt und Missachtung der Rechte von Frauen zu dokumentieren und sicherzustellen, dass die Verantwortlichen vor der internationalen Justiz zur Rechenschaft gezogen werden. Solche Mechanismen sind von entscheidender Bedeutung, um die weit verbreitete Straflosigkeit zu überwinden und echte Gerechtigkeit für die zahllosen Opfer geschlechtsspezifischer Gewalt zu gewährleisten.
- **Förderung des Schutzes und der Stärkung von Aktivist*innen im Exil sowie die Gewährleistung sicherer Fluchtwege für Asylsuchende:** Die internationale Gemeinschaft muss aktiv die Sicherheit und das Wohlergehen von





Frauenrechtsaktivist:innen im Exil sichern und ihnen durch finanzielle Unterstützung, Bildungsangebote und geeignete Plattformen helfen, ihre lebenswichtige Arbeit fortzusetzen. Gleichzeitig ist es unerlässlich, sichere und geschützte Wege für diejenigen zu schaffen, die weiterhin im Iran Gefahr laufen, sodass sie ihre Arbeit ohne Angst fortsetzen und ihre Stimme für eine bessere Zukunft erheben können.

- **Verhinderung der Wiederaufnahme der Mitgliedschaft der Islamischen Republik in internationalen Organisationen wie der UN-Kommission für die Stellung der Frauen:** Im März 2023 wurde die Islamische Republik aufgrund ihrer frauenfeindlichen Politik zu Recht aus dieser Kommission ausgeschlossen. Der internationale Schutz dieser Plattformen vor den manipulativen Lobbyversuchen des Regimes ist von höchster Bedeutung, um die Integrität und den fortwährenden Erfolg dieser Institutionen zu sichern und zu verhindern, dass die Stimme der Unterdrückung erneut Gehör findet.

Der Kampf der Frauen im Iran ist weit mehr als ein lokaler Widerstand, er stellt einen fundamentalen Einsatz für die Rechte der gesamten Menschheit dar. Es ist ein unerschütterlicher Marsch für Gerechtigkeit, Gleichheit und das unantastbare Recht auf ein Leben in Freiheit von Angst und Gewalt. Die internationale Gemeinschaft steht heute mehr denn je in der Verantwortung, das systematische Unrecht zu beenden, das unter der Herrschaft der Islamischen Republik das Leben der Frauen geprägt hat. Der Moment für solidarisches und entschlossenes Handeln ist jetzt.

Die Unterzeichnenden, in alphabetischer Reihenfolge:

Nazanin Afshin-Jam, Afshin Afshin-Jam, Reza Ahmadi, Pouria Alipour, Masoud Alizadeh, Behnaz Amani, Nazanin Ansari, Amene Asgari-Targhi, Maryam Atamajori, Maryam Banihashemi, Lawdan Bazargan, Babak Behzadzadeh, Elika Eftekhari, Mike Farrell, Sherry Frumkin, Mahtab Ghorbani, Foad Goodarzi, Sadegh Karbaschian, Zeinab Khorshidi, Tannaz Kolahchian, Elahé Machouf, Catherine Malabou, Shahin Milani, Mina Modaresi, Farideh Mohebi, Robin Morgan, Maryam Mousavi, Amir Nazem, Dianne Otto, Shole Pakravan, Elahe Ramandi, Haleh Hosseini Ramandi, Avital Ronell, Behnoosh Sabah, Erfan Sabeti, Afshin Sepehri, Saba Shahcheraghi, Razieh Shahverdi, Rayhane Tabrizi, Iman Vaez, Kay Parviz Varjavand, Sheina Vojoudi, Kourosh Wall-e, Sara Zahedi, Saloumeh Vaziri Zanjani







شبکه ایرانیان نروژ
Norsk Iransk Råd



iranische-liberale-frauen.org



info@iranische-liberale-frauen.org